

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,  
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierjährlich 2 Mark,  
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gesparte Zeitzeile 15 Pfennige.

Reaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr  
Stettin, Kirch. lag. Nr. 3.

# Stettiner



# Beitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, den 2. Dezember 1880.

Nr. 566.

## Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung vom 1. December.

Präsident v. Kölle eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{4}$  Uhr.

Am Ministerial: Mehrere Regierungs-Kommissarien.

Tagesordnung:

I. Mündliche Berichte verschiedener Kommissionen über Petitionen.

1) Abg. Steffens berichtet Namens der Justizkommission über die Petition der Vertreter der Stadt Reichthal um Errichtung eines Amtsgerichts in Reichthal.

Das Haus beschließt dem Antrage der Kommission gemäß und überweist die Petition der Regierung zur Erwähnung.

2) Abg. Höbrecht erstattet Namens der Gemeindekommission Bericht über die Petition des Magistrats zu Charlottenburg um Herstellung einer Wegunterführung, mindestens eines Fußgängertunnels durch den Damm der Berliner Stadtbahn im Zuge des sogen. grünen Weges.

Der Antrag der Kommission, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, wird nach kurzer Debatte genehmigt.

3) Abg. Schmidt (Sagan) berichtet über eine Petition des Bürgermeisters der Stadt Kronenberg, Kreis Mettmann, um Übernahme der Volksschullehrergehälter auf Staatsfonds oder Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden.

Der Antrag der Unterrichts-Kommission geht dahin: die Petition der Staats-Regierung als Material für das Unterrichtsgesetz zu überweisen.

Das Haus beschließt demgemäß.

4) Die Petition des Predigers und Lehrers Steinmüller in Alsdorf a. S. um Regulierung der Pensions-Ansprüche von Geistlichen, welche eine voll etatmäßige Schullehrerstelle neben ihrem Pfarramt verwalten, wird auf den Antrag der Unterrichtskommission — Referent Abg. Sirosser — der Staatsregierung als Material für das zu erlassende Lehrer-Pensionsgesetz überwiesen.

Es folgen:

II. Wahlprüfungen.

Ohne Diskussion werden die Wahlen der Abg. Bork (10. Wiebauer Wahlbezirk), Fibry und Steinbusch (2. Wahlbezirk Koblenz), Sudmeyer und Frhr. v. d. Reck (1. Mindener Wahlbezirk) für gültig erklärt.

Das Haus setzt darauf

III. die Beratung über den Staatshaushalt fort und zwar zunächst über den Etat des Ministeriums für Handel und Gewerbe.

Kapitel 69 (Navigationsschulen 335,294 M.) und Kapitel 70 (Bermische Ausgaben 18,850 M.) der laufenden Ausgaben, das Kap. 8 der einmaligen Ausgaben (43,420 M.) werden ohne Debatte unverkündigt bewilligt.

Es folgt die Beratung des Etats der Bauverwaltung: Einnahme 1,290,507 M., dauernde Ausgaben 16,700,458 M., einmalige Ausgaben 16,093,665 M.

Bei Kapitel 64 der Ausgaben (Ministerium) nimmt

Abg. Dr. Reichenberger (Köln) Berichtigung, die neu errichtete Akademie des Bauwesens (frühere technische Baudeputation) einer Vereinigung zu unterziehen, nachdem er zuvor das Verhalten der Presse, speziell der „Kölnischen Zeitung“, seiner vorjährigen Staatsrede gegenüber scharf kritisiert hatte. Mit der Schöpfung der neuen Akademie sei ein großer Schritt vorwärts gethan, sein Ideal sei damit indes noch lange nicht erreicht worden.

Die Regierung habe gethan, was sie nach Lage der Verhältnisse zu thun im Stande gewesen. Es befinden sich in dieser Behörde, für welche es nur eine andere Bezeichnung gewünscht hätte, Elemente, welche sich in dem alten Schlendrian höchstlich nicht bewegen werden. Redner richtet an den Herrn Minister die Bitte, an das Haus eine Denkschrift gelangen zu lassen, in welcher eine Charakteristik der neuen Akademie, ein Nachweis über die Organisation und die Geschäftsführung derselben enthalten ist. Ferner wünscht Redner die Herausgabe eines Organs, in welchem die Verhandlungen der Akademie zur Veröffentlichung gelangen. Zum Schluss tadeln die Belastung

des Budgets durch kostspielige Bauten. Diesem Unfang der Verwendung öffentlicher Gelder müsse mit Energie entgegengesetzt werden; das werde auch eine wichtige Aufgabe der neuen Akademie sein müssen.

Eisenbahminister Maybach: Die Ziele der neuen Akademie sind so klar ausgesprochen, daß nach meiner Auffassung ein Zweifel gar nicht auftreten kann. Wir haben eine Instanz geschaffen, welche im technischen Rahmen der Regierung mit ihrem wissenschaftlichen Berath zur Seite steht.

Wir haben im Einverständnis mit den betreffenden

deutschen Regierungen auch hervorragende technische Persönlichkeiten aus anderen Ländern in diese Akademie aufgenommen. Der jetzigen Behandlung der

Technik in Ingenteuren und Architektur entsprechend hat die Akademie auch zwei Sektionen erhalten. Die Aufgabe derselben wird sich erstrecken auf alle Projekte. Im Einverständnis mit dem

Herrn Reichskanzler ist die Einrichtung in der Vorbereitung begriffen, daß auch die wichtigen Reichsbauten der wissenschaftlichen Beurteilung dieser Akademie unterworfen werden sollen. Ich hoffe, daß auf diese Weise manchen nicht unbegründeten Beschwerden abgeholfen werden wird. Was die Veröffentlichung der Verhandlungen anlangt, so unterlegt diese Frage der Erwähnung; ebenso wird man der Frage wegen Herausgabe eines Organs

näher treten.

Abg. Berger: Nicht die Regierung allein, sondern das Haus, und dies in noch höherem Maße, habe die Pflicht, darauf zu sehen, daß nicht zu teuer gebaut werde. Der Abg. Reichenberger habe einmal eine Averton gegen das Staatsbauwesen. Staatsbauten seien zwar teuer, aber doch nicht so teuer, als wenn der Staat durch Privatunternehmer bauen läßt. Eine Aenderung lasse sich nur herbeiführen, wenn das Haus den Daumen auf den Geldbeutel halte. Der Verfasser der Artikel in der „Kölnischen Zeitung“, welche den Abg. Reichenberger so sehr gekränkt haben, röhrt nicht von dem Direktor der polytechnischen Schule in Aachen her, sondern, wie er glaue, von einem Mitgliede der Partei des Herrn Reichenberger. (Heiterkeit)

Abg. Reichenberger bestätigt, daß solche Angriffe, wie sie gegen ihn gerichtet seien, anonym erfolgen dürften, während er mit seiner Person für seine Behauptungen eintrete. Er glaube nicht, daß der Verfasser jener Artikel ein Mitglied der Centrumspartei sei; derselbe wäre dann wahrheitsstörender gewesen. (Aufs links: Oho!)

Die Einnahmen und die laufenden Ausgaben werden bewilligt. Nur Titel 6 (technisches Bureau) geht an die Budget-Kommission zur Prüfung der Frage, ob der für die landwirtschaftliche Verwaltung genehmigte technische Rath hier nicht erspart werden könne.

Bei dem Extraordinarium beantragt die Budget-Kommission: Titel 1 (zur Regulierung der Weichsel, Oder, Ebe, Weser von Minden bis Bremen, und des Rheins von Bingen abwärts 5,408,000 Mark) zu bewilligen; dagegen bei Titel 2 (zur Regulierung der Memel, des Pregels, der Spree, der Havel und der Mosel 2,482,400 Mark), 1,500,000 Mark (zur Regulierung des Landwehrkanals bei Berlin, abzusehen).

Abg. Schmidt (Stettin) spricht für Kanalisierung des Maines, eine ausgedehntere Regulierung der Weichsel und Oder, sowie für Anlegung einer Lauerei- und Kettenfahrt auf der Oder.

Minister Maybach erwidert, daß die Staatsregierung die Kanalstruktur des Maines seit im Auge behalten habe. Er könne jedoch noch nicht mittheilen, ob in diesem Jahre die Vorarbeiten so weit gedreht werden, um dem Hause darüber eine Vorlage machen zu können.

Abg. Moro in regt die Frage wegen Fortsetzung des Rhein-Maaskanals an.

Geb. Rath Scholz führt aus, daß dazu erst die Sicherheit erforderlich sei, ob dieser Kanal auf holländischem Gebiete fortgesetzt werden könne. Die Regierung hoffe die im Gange befindlichen Verhandlungen zu günstigen Resultaten zu führen.

Abg. Büchtemann tritt dem Antrage der Budget-Kommission in Betreff der Regulierung des Landwehrkanals bei Berlin entgegen. Es handelt sich hier keineswegs um eine Wasserstraße im Interesse der Berliner Konsumenten, der Zustand des Landwehrkanals ist ein solcher, daß er dem Verkehr überhaupt nicht mehr genügt. Der Fiskus habe

an dieser Kanalanlage ein weit höheres Interesse als die Stadt Berlin, aber man kann auch zwischen Produzenten und Konsumenten bei Benutzung der Wasserstraßen gar nicht unterscheiden. Durch die Ablehnung dieser Petition würde die Produktion indirekt schwer geschädigt werden, denn die Stadt Berlin besitzt ein weit größeres Eisenbahnnetz als andere größere Städte, sie könnte also den nothwendigen Bedarf sich auch auf anderem, als dem Wasser, zu beschaffen. Redner hebt noch hervor, daß

die Stadt Berlin durch Brückenbauten, durch Straßenerhöhungen etc., anderweit durch die Kanalanlage schwer belastet werde und daß man deshalb dieser Belastung nicht noch neue hinzufügen könne.

Abg. Löwe (Bochum) unterstützt die Ausführungen des Vorredners, indem er die Notwendigkeit der Regulierung dieses Kanals für den ganzen Verkehr darlegt und seinerseits sich ebenfalls gegen eine übermäßige Belastung der Stadt Berlin erklärt.

Geb. Ober-Baurath Wiebe tritt ebenfalls gegen den Beschluss der Budget-Kommission auf, da der Kanal nur in Drauz erhalten werden könne, wenn die Erweiterung genehmigt werde.

Abg. v. Minnigerode führt aus, daß es sich hier um ein ganz spezielles Berliner Lokalinteresse handle; wo es sich um Lokalinteressen handle, sei das Haus stets davon auszugehen, eine Beihilfe der Interessenten zu verlangen und das verlange die Budget-Kommission auch hier, man sei in der Kommission nicht gegen den Kanal überhaupt, sondern gegen den Kanal ohne Beihilfe Berlins gewesen. Berlin erhält ja als Centralstelle des Staates und Reiches so enorme Aufwendungen aus Staatsmitteln, daß die Klagen des Abg. Löwe (Bochum) durchaus nicht gerechtfertigt erscheinen. Er empfiehlt, den Antrag der Kommission anzunehmen.

Abg. Löwe (Berlin) tritt für Bewilligung der Position ein, fällt aber in einen Ton gegenüber der konservativen Partei, der den Vizepräsidenten v. Bendix veranlaßt, darauf aufmerksam zu machen, daß es sich nicht um einen Beschluss der Konservativen handle, sondern um einen Beschluss der Budget-Kommission.

Abg. v. Saucken-Julienfeld spricht die Melioration des Pregels, für die er größere Förderung wünscht.

Abg. Berger wünscht Regulierung der Mosel.

Abg. Leonhardt beantragt, diesen Titel nochmals an die Budget-Kommission zu verweisen.

Derer Antrag wird abgelehnt; der Antrag der Budget-Kommission dagegen angenommen und die 1,500,000 M. gestrichen.

Die übrigen Titel für Binnenschiffahrt werden bewilligt, ebenso die übrigen Positionen des Extraordinariums, nur die Position für den Hafen zu Memel, 147,000 Mark, und für das Oberpräsidialgebäude zu Danzig werden gestrichen.

Beim Etat des Justizministeriums werden die Einnahmen ohne Diskussion bewilligt.

Bei den Ausgaben fragt der Abg. v. Kröcher den Justizminister, wie sich die Justizbehörden gegen die auf den Rennplätzen bei Berlin in Gebrauch gekommenen Totalisatoren und Bookmaker verhalten würden. Die Sonntagsruhe werde durch dieses Treiben gestört, die Moralität geschädigt, die Spielwuth gewährt, und sei es geschah, daß am Totalisator in diesem Jahre 5 Mill. M. umgebracht seien.

Minister Dr. Friedberg: Allerdings sei es auffallend, daß bei seinem Gehalte diese Sache zur Sprache gebracht werde. Er habe nie etwas vom Totalisator gewußt, bis die Zeitungennotizen ihn aufmerksam gemacht hätten. Später habe er erfahren, daß die Justizbehörden diese Frage vor Jahren dahin entschieden hätten, daß das damalige Treiben mit einem Staatsgesetz nicht in Widerspruch stehe, daß es sich vielmehr um einen erlaubten Weltvertrag handele. Nun habe sich allerdings das Treiben auf den Rennplätzen wesentlich gründert und hat in Folge dessen die Staatsanwaltschaft wiederum angefragt, und die Oberstaatsanwaltschaft habe entschieden, daß nunmehr diese Frage zur Entscheidung der Gerichte zu stellen sei.

Nun würde es aber unbillig sein, plötzlich durch den Strafrichter vorzugehen in einer Sache, die bisher unter den Augen der Behörden stattgefunden habe, deshalb sei eine Warnung gegen das weitere

Totalisieren erlassen, sollte diese nicht helfen, so würde man mit der gerichtlichen Untersuchung vor gehen.

Abg. v. Lüd (Oberstaatsanwalt beim Kammergericht): Es müsse in dieser Angelegenheit mit der äußersten Rücksicht vorgegangen werden, da sämtliche Rennvereine bona fide gehandelt hätten, es sei deshalb mit einer schriftlichen Warnung vorgegangen worden. Die Frage würde übrigens schon in nächster Zeit zur Entscheidung des Schöffengerichts kommen.

Abg. Dr. Windthorst: Die Vereine der Rennvereine hätten selbst die Pflicht und auch die Mittel gehabt, gegen einen so unerhörten Missbrauch vorzugehen.

Abg. Frhr. v. Schorlemmer: Die Regierung habe die Pflicht, zu erklären, wo Totalisator und Bookmaker gebüdet werden, entziehen wir die Zuflüsse zu den Rennprämien.

Abg. Frhr. v. Endovort bringt anlässlich einer Petition der Stadt Uedem zur Sprache, daß der Justizminister in dieser Stadt doch ein Amtsgericht einrichten möchte.

Justizminister Dr. Friedberg hält für wünschenswert, über die Wirkung der Justizorganisation erst längere Erfahrung zu sammeln, ehe man mit Änderungen vorgehe.

Abg. Dr. v. Hagenow bringt einen Streitfall zwischen einem Amtsrichter und dem Präsidenten des Landgerichts zu Greifswald zur Sprache.

Der Justizminister rügt es, solche Einzelfälle hier vor das Haus zu bringen. Es zeige sich bei den jüngeren Amtsrichtern in neuerer Zeit eine Neigung zur Unbotmäßigkeit gegen ihre Vorgesetzten.

Abg. Dr. v. Hagenow verteidigt sich und seine Kollegen gegen diesen Vorwurf.

Die Abg. Dr. Sehrt und Dr. Windthorst fordern von der Regierung, die Siedlung der Lohnschreiber bei den Gerichten zu verbessern, wenigstens diejenigen zu berücksichtigen, die früher im Gerichtsdienste gewesen.

Geb. Ob.-Justizrat Rindfleisch erwidert, daß dies leider nach Lage der Gegebenheiten nicht thunlich sei.

Darauf werden sämtliche ordentliche Ausgaben des Justizrats bis auf die Unterhaltung der Justizgebäude und den Zufluss zur Justizoffizianten-Wittwenkasse genehmigt.

Hierauf verzagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.

Tages-Ordnung: Fortsetzung der Eis-Absatzung.

Schlus 4 Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 1. Dezember. Über das Befinden unseres Kaisers schreibt die „Prov. Korr.“: Kaiser Kaiser ist von dem Erkrankungszustand, welcher zu Anfang der vorigen Woche eingetreten war, sowohl hergestellt, daß bereits wieder die Spazierfahrten, wenn auch zunächst nur in geflossinem Wagen, wieder aufgenommen werden konnten. Auch hat der Kaiser die Besuche des Großfürsten und der Großfürstin Vladimir von Russland und des Großherzogs von Sachsen entgegennehmen, mehrere Vorträge hören und den Botschafter in Petersburg, G.-A. v. Schweinitz, sowie den Botschafter in Paris, Fürsten v. Hohenlohe-Schillingsfürst, empfangen können.

Die beträchtlichen Kosten der neuen Justizorganisation werden innerhalb der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses häufig besprochen; da die Mehraufwendungen aber nicht blos im Justizetat erscheinen, sondern sich auch auf eine Reihe anderer Etats verteilen, so wird sich erst im Laufe der Etatverhandlungen ein einheitliches Bild erwinnen lassen, das aber voraussichtlich nicht zu Gunsten der neuen Organisation aussagen wird.

Hamburg, 30. November. Über den Untergang des Hamburger Dampfers „Carlos“ liegen jetzt nähere Mitteilungen vor:

Die Mannschaften, welche mit dem Potsdamer „Loanda“ in Liverpool eingetroffen sind, leiden sämlich noch am Fieber und sind nur mit Mühe einem schrecklichen Tode entgangen. Wie dieselben erzählen, traf der Hamburger Dampfer „Carlos“ auf der Reise von Hamburg nach Lagos am 25. Oktober, Nachmittags 3 Uhr, mit wertvoller Ladung unweit Anna Kroo ein und löste

